

Ausgabe 42

20. Oktober 2022

steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Inhalt

Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF: Einzelfragen zur Abgeltungsteuer (Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A.)
OECD legt G20 neuen Transparenzrahmen für Krypto-Assets vor

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 20. Oktober 2022
Weitere Veröffentlichungen vom Tage
Gewerbesteuerrechtliches Schachtelprivileg bei doppelt ansässigen Kapitalgesellschaften
Behandlung ausländischer Krankengeldzahlungen und Kapitaleinkünfte im Rahmen der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht und des Progressionsvorbehalts

Business Meldungen

PwC Newsletter Kartell-, Vergabe- und Aussenwirtschaftsrecht

Terminplaner

Noch Fragen?

Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF: Einzelfragen zur Abgeltungsteuer (Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A.)

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat am 11. Oktober 2022 zu Einzelfragen zur Abgeltungsteuer bezüglich der Kapitalmaßnahme von Air Liquide S. A. (Frankreich) im Juni 2022 (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG) veröffentlicht.

Für die Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. gilt laut BMF Folgendes:

Die Air Liquide S. A. (Frankreich) hat am 8. Juni 2022 eine Kapitalmaßnahme durchgeführt, bei der Gratisaktien im Verhältnis 1 : 10 an die Anteilseigner ausgegeben wurden.

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen liegen für diese Kapitalmaßnahme die Voraussetzungen einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln gemäß §§ 1, 7 KapErhStG vor. Die Anschaffungskosten der Altanteile sind nach dem rechnerischen Bezugsverhältnis auf die eingebuchten jungen Anteile zu übertragen. Als Zeitpunkt der Anschaffung der jungen Anteile gilt der Zeitpunkt der Anschaffung der Altanteile.

Fundstelle

BMF, Schreiben vom 11. Oktober 2022, [**IV C 1 - S 2252/19/10028 :019**](#).

OECD legt G20 neuen Transparenzrahmen für Krypto-Assets vor

Die OECD hat am 10. Oktober 2022 einen neuen globalen Rahmen für Steuertransparenz vorgelegt, der die Meldung und den Austausch von Informationen über Krypto-Vermögenswerte vorsieht.

Das Crypto-Asset Reporting Framework (CARF) ist die Reaktion auf die Forderung der G20, dass die OECD einen Rahmen für den automatischen Austausch von Informationen über Krypto-Assets zwischen den Ländern entwickeln soll.

Die neue Transparenzinitiative, die gemeinsam mit den G20-Ländern entwickelt wurde, erfolgt vor dem Hintergrund einer raschen Verbreitung von Krypto-Vermögenswerten für ein breites Spektrum von Investitions- und Finanzzwecken. Im Gegensatz zu traditionellen Finanzprodukten können Krypto-Vermögenswerte ohne die Einschaltung traditioneller Finanzintermediäre wie Banken übertragen und gehalten werden, ohne dass ein zentraler Verwalter vollen Einblick in die durchgeführten Transaktionen oder die Bestände an Krypto-Vermögenswerten hat. Der Kryptomarkt hat auch neue Intermediäre und Dienstleister hervorgebracht, wie z. B. Krypto-Vermögenswert-Börsen und Wallet-Anbieter, von denen viele derzeit noch nicht reguliert sind.

Diese Entwicklungen bedeuten, dass Krypto-Vermögenswerte und damit zusammenhängende Transaktionen nicht umfassend vom Gemeinsamen Meldestandard (Common Reporting Standard (CRS)) der OECD und der G20 erfasst werden, was die Wahrscheinlichkeit ihrer Nutzung zur Steuerhinterziehung erhöht und gleichzeitig die durch die Annahme des CRS erzielten Fortschritte bei der Steuertransparenz untergräbt.

Die CARF soll die Transparenz in Bezug auf Transaktionen mit Krypto-Vermögenswerten durch den automatischen jährlichen Austausch solcher Informationen mit den Wohnsitzländern der Steuerpflichtigen in einer standardisierten Weise ähnlich dem CRS sicherstellen.

Die CARF wird auf jede digitale Wertdarstellung abzielen, die sich auf ein kryptografisch gesichertes verteiltes Hauptbuch oder eine ähnliche Technologie zur Validierung und Sicherung von Transaktionen stützt. Ausnahmen sind für Vermögenswerte vorgesehen, die nicht zu Zahlungs- oder Anlagezwecken verwendet werden können, sowie für Vermögenswerte, die bereits vollständig unter den CRS fallen. Unternehmen oder Einzelpersonen, die Dienstleistungen erbringen, die für oder im Namen von Kunden Tauschgeschäfte mit Krypto-Vermögenswerten durchführen, wären verpflichtet, im Rahmen des CARF Bericht zu erstatten.

Die CARF enthält Mustervorschriften, die in nationales Recht umgesetzt werden können, sowie Kommentare, die den Verwaltungen bei der Umsetzung helfen. In den nächsten Monaten wird die OECD die Arbeit an den rechtlichen und operativen Instrumenten vorantreiben, die den internationalen Austausch von Informationen, die auf der Grundlage der CARF erhoben wurden, erleichtern und ihre wirksame und umfassende Umsetzung gewährleisten sollen, einschließlich des Zeitplans für die Aufnahme des Austauschs im Rahmen der CARF.

Die OECD hat der G20 auch eine Reihe weiterer Änderungen am CRS vorgeschlagen, die darauf abzielen, den Anwendungsbereich des CRS zu modernisieren, um digitale Finanzprodukte umfassend zu erfassen und seine Funktionsweise unter Berücksichtigung der von Ländern und Unternehmen gesammelten Erfahrungen zu verbessern. Wie bei der CARF wird diese Arbeit durch eine Aktualisierung der internationalen rechtlichen und operativen Mechanismen für den automatischen Informationsaustausch gemäß dem geänderten CRS sowie durch einen koordinierten Zeitplan für das Inkrafttreten der vereinbarten Änderungen ergänzt werden.

Erst vor kurzem hatten der Rat der EU und das Europäische Parlament eine vorläufige Einigung über den Vorschlag zu Märkten für Kryptowerte (MiCA) erzielt, der sich auf Emittenten ungedeckter Kryptowerte und sogenannte Stablecoins sowie auf die Handelsplätze und die Wallets, in denen Kryptowerte gehalten werden, erstreckt.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten konnte sich bereits auf einen Verordnungsvorschlag **einigen**. Das Europäische Parlament muss den **Vorschlag vom 05. Oktober 2022** aber noch annehmen.

Fundstelle

OECD, **Pressemitteilung vom 10. Oktober 2022.**

Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 20. Oktober 2022

**Urteil IX R 7/21:
Anschaffungsnahe
Herstellungskosten -
Entnahme einer
Wohnung ist keine
Anschaffung i.S. des §
6 Abs. 1 Nr. 1a Satz 1
EStG**

03. Mai 2022

Die Überführung eines Wirtschaftsguts vom Betriebsvermögen in das Privatvermögen ist keine Anschaffung i.S. des § 6 Abs. 1 Nr. 1a Satz 1 EStG.

[Zum Urteil](#), siehe auch die [Pressemitteilung 046/22](#).

**Urteil VIII R 25/20:
Freiwillige Zahlung
einer Umsatzsteuer-
Vorauszahlung des
Vorjahres vor
Fälligkeit innerhalb
der kurzen Zeit gemäß
§ 11 Abs. 2 Satz 2
EStG**

21. Juni 2022

Die Umsatzsteuer-Vorauszahlung für den Voranmeldungszeitraum des Dezembers des Vorjahres, die zwar innerhalb des für § 11 Abs. 2 Satz 2 EStG maßgeblichen Zehn-Tages-Zeitraums geleistet, aber wegen einer Dauerfristverlängerung erst danach fällig wird, ist bei der Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung erst im Jahr des Abflusses als Betriebsausgabe zu berücksichtigen (Anschluss an das BFH-Urteil vom 16.02.2022 - X R 2/21, zur amtlichen Veröffentlichung vorgesehen, DStR 2022, 1101).

[Zum Urteil](#)

**Urteil V R 33/20:
Grenzen der
Rückwirkung einer
Rechnungs-
berichtigung**

07. Juli 2022

Erteilt ein Unternehmer in der Annahme einer Leistungserbringung im Ausland eine Ausgangsrechnung ohne inländischen Steuerausweis, kann er diese nicht in der Weise berichtigen, dass dem späteren Ausweis inländischer Umsatzsteuer Rückwirkung für den Vorsteuerabzug des Leistungsempfängers zukommt.

[Zum Urteil](#)



Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

Urteil II R 25/20: Erklärung zur optionalen Vollverschonung von Betriebsvermögen

26. Juli 2022

[Zum Urteil](#)

Urteil IV R 13/20: Zum Beginn der sachlichen Gewerbesteuerpflicht eines gewerblichen Grundstückshändlers

01. September 2022

[Zum Urteil](#), siehe auch die [Pressemitteilung 044/22](#).

Beschluss XI B 9/22 (AdV): Besteuerung von Umsätzen aus dem Betrieb von Geldspielautomaten

26. September 2022

[Zum Urteil](#), siehe auch die [Pressemitteilung 045/22](#).

Urteil III R 9/21: Erlöschen der Kindergeldansprüche infolge von Sozialleistungen und Erstattungsansprüchen des Jobcenters

02. Juni 2022

[Zum Urteil](#)

Urteil III R 31/20: Zur Prüfung des deutschen Kindergeldanspruchs bei möglichem Bezug von Familienleistungen im Vereinigten Königreich

01. Juni 2022

[Zum Urteil](#)

EuGH-Vorlage VII R 48/20: Unionsrechtlicher Anspruch auf Erstattung von Produktionsabgaben eines Zuckerherstellers

01. Juni 2022

[Zum Urteil](#)

Rechtsprechung im Blog

Gewerbesteuerrechtliches Schachtelprivileg bei doppelt ansässigen Kapitalgesellschaften

Zu den inländischen Kapitalgesellschaften i.S. des § 9 Nr. 2a GewStG gehören auch Kapitalgesellschaften, die ihren statutarischen Sitz im Ausland und ihren Ort der Geschäftsleitung im Inland haben. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

Sachverhalt

Die Beteiligten streiten über die gewerbesteuerrechtliche Kürzung von Gewinnausschüttungen einer doppelt ansässigen Kapitalgesellschaft.

Die Klägerin ist eine GmbH mit Sitz und Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutschland (Deutschland). Ihr Unternehmensgegenstand ist die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere der Erwerb und die Verwaltung eigenen



Grundbesitzes sowie die Beteiligung an in- und ausländischen Gesellschaften, die Grundbesitz erwerben und verwalten.

Im Jahr 2009 (streitiger Erhebungszeitraum) war die Klägerin Alleingesellschafterin der B-BVBA, einer Gesellschaft mit Sitz in Belgien. Die B-BVBA ist nach den Grundsätzen des sog. Rechtstypenvergleichs als Kapitalgesellschaft einzuordnen und war nicht aktiv tätig i.S. des § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 des Gesetzes über die Besteuerung bei Auslandsbeziehungen in der für den streitigen Erhebungszeitraum geltenden Fassung (Außensteuergesetz -AStG-). Unternehmensgegenstand der B-BVBA war das Halten und Verwalten von Beteiligungen. Ihr alleiniger Geschäftsführer wohnte im Inland.

Die B-BVBA war ihrerseits zu 14 % am Stammkapital der mexikanischen Kapitalgesellschaft M-CV beteiligt, die im streitigen Erhebungszeitraum aus ihrem im Wirtschaftsjahr 2008 erzielten Gewinn einen Anteil an die B-BVBA ausschüttete. Die B-BVBA schüttete diesen Betrag noch im streitigen Erhebungszeitraum ohne Abschlag weiter an die Klägerin aus. In den jeweiligen Ausschüttungen waren keine zurückgezahlten Einlagen enthalten.

Das Finanzamt ermittelte den Gewerbeertrag und den vortragsfähigen Gewerbeverlust antragsgemäß unter Hinzurechnung von 95 % der Gewinnausschüttung der B-BVBA gemäß § 8 Nr. 5 des Gewerbesteuergesetzes i.V.m. § 8b Abs. 1 und 5 des Körperschaftsteuergesetzes, jeweils in der für den streitigen Erhebungszeitraum geltenden Fassung -GewStG und KStG-. Auf dieser Grundlage setzte das Finanzamt den Gewerbesteuermessbetrag für 2009 und den vortragsfähigen Gewerbeverlust auf den 31. Dezember 2009 fest. Die entsprechenden Bescheide vom 02. September 2010 standen gemäß § 164 Abs. 1 der Abgabenordnung (AO) unter dem Vorbehalt der Nachprüfung.

Den Antrag der Klägerin, diese Bescheide dahin zu ändern, dass die Hinzurechnung gemäß § 9 Nr. 7 GewStG wieder gekürzt wird, lehnte das Finanzamt ab. Ein Einspruch blieb erfolglos.

Die Klage vor dem Hessischen Finanzgericht hatte Erfolg (siehe unseren [Blogbeitrag](#)).

Entscheidung des BFH

Der BFH hat sich der Entscheidung der Vorinstanz angeschlossen und die Revision als unbegründet zurückgewiesen.

Das Finanzgericht hat zu Recht entschieden, dass das Finanzamt verpflichtet ist, den Hinzurechnungsbetrag nach § 8 Nr. 5 GewStG zu korrigieren und dadurch den vortragsfähigen Gewerbeverlust zu erhöhen. Die im streitigen Erhebungszeitraum von der B-BVBA an die Klägerin ausgeschütteten Gewinnanteile erfüllen in dieser Höhe die Voraussetzungen des § 9 Nr. 2a GewStG.

Eine Hinzurechnung nach § 8 Nr. 5 GewStG ist ausgeschlossen, soweit die Gewinnanteile die Voraussetzungen des § 9 Nr. 2a oder 7 GewStG erfüllen.

Das Finanzgericht hat in den BFH bindender Weise (§ 118 Abs. 2 FGO) festgestellt, dass die Geschäftsleitung der B-BVBA im streitigen Erhebungszeitraum in Deutschland lag, die B-BVBA keinen aktiven Tätigkeiten i.S. des § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 AStG nachging und sie zu weniger als 15 % an der mexikanischen M-CV beteiligt war.

Auf Grundlage dieser Feststellungen hat das Finanzgericht zutreffend entschieden, dass keine der Tatbestandsalternativen des § 9 Nr. 7 GewStG

vorlag. Dies gilt auch für § 9 Nr. 7 Satz 1 Halbsatz 2 GewStG, der tatbestandlich erfordert, dass Sitz und Geschäftsleitung der B-BVBA im anderen Mitgliedstaat belegen wären.

Die Entscheidung des Finanzgerichts, stattdessen § 9 Nr. 2a GewStG anzuwenden, ist ebenfalls frei von Rechtsfehlern.

Auf der Grundlage der bindenden Feststellungen des Finanzgerichts (§ 118 Abs. 2 FGO) liegen die Voraussetzungen des § 9 Nr. 2a GewStG grundsätzlich vor. Insbesondere ist die B-BVBA nach dem sog. Rechtstypenvergleich als Kapitalgesellschaft einzuordnen. Da die Klägerin im streitigen Erhebungszeitraum zu 100 % an der B-BVBA beteiligt war, ist auch die Mindestbeteiligungsquote überschritten.

Darüber hinaus erfüllte die B-BVBA als doppelt ansässige Gesellschaft mit Sitz in Belgien und Ort der Geschäftsleitung in Deutschland die Voraussetzungen einer "inländischen" Kapitalgesellschaft i.S. des § 9 Nr. 2a GewStG.

Die Einbeziehung doppelt ansässiger Kapitalgesellschaften in den Anwendungsbereich des § 9 Nr. 2a GewStG ist umstritten. Während ein Teil der Literatur die Voraussetzung einer inländischen Kapitalgesellschaft zumindest bei denjenigen Gesellschaften bejaht, die - wie die B-BVBA - ihren statutarischen Sitz im Ausland und ihren Ort der Geschäftsleitung im Inland haben, fordert ein anderer Teil der Literatur einen doppelten Inlandsbezug, d. h. Sitz und Ort der Geschäftsleitung müssen sich im Inland befinden.

Das Finanzgericht hat sich zu Recht der zuerst genannten Auffassung angeschlossen. Ob auch doppelt ansässige Kapitalgesellschaften mit statutarischem Sitz im Inland und Ort der Geschäftsleitung im Ausland als inländische Kapitalgesellschaft i.S. des § 9 Nr. 2a GewStG anzusehen sind oder sogar eine inländische Betriebsstätte ausreicht kann im Streitfall dahingestellt bleiben.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 01. Juni 2022 ([I R 30/18](#)), veröffentlicht am 06. Oktober 2022.

Behandlung ausländischer Krankengeldzahlungen und Kapitaleinkünfte im Rahmen der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht und des Progressionsvorbehalts

Bei der Bemessung des Progressionsvorbehalts bleiben ausländische Kapitaleinkünfte außer Betracht, die bei einem inländischen Sachverhalt der Abgeltungsteuer unterliegen würden (Abgrenzung zum Senatsurteil vom 12. August 2015, I R 18/14, BStBl II 2016, 201). Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem aktuellen Urteil entschieden.

Sachverhalt

Der Kläger ist als Erbe Rechtsnachfolger seiner verstorbenen Schwester S. S. erzielte im Streitjahr 2012 Zinseinkünfte und erhielt Krankengeld vom niederländischen Sozialversicherungsträger. Die Zinseinkünfte und das Krankengeld wurden vom niederländischen Fiskus besteuert.

Der Kläger beantragte beim Finanzamt, S nach § 1 Abs. 3 Einkommensteuergesetz (EStG) als fiktiv unbeschränkt steuerpflichtig zu behandeln. Das Finanzamt kam zu der Auffassung, dass die Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 EStG nicht vorlägen, weil die niederländischen

Krankengeldzahlungen bei der Prüfung der Wesentlichkeitsgrenzen des § 1 Abs. 3 Satz 2 EStG als ausländische Einkünfte zu berücksichtigen seien, und besteuerte S daher unter der Annahme der beschränkten Steuerpflicht.

Die Klage vor dem Finanzgericht Düsseldorf hatte Erfolg.

Entscheidung des BFH

Der BFH hat die Revision des Finanzamtes als teilweise begründet angesehen und die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben.

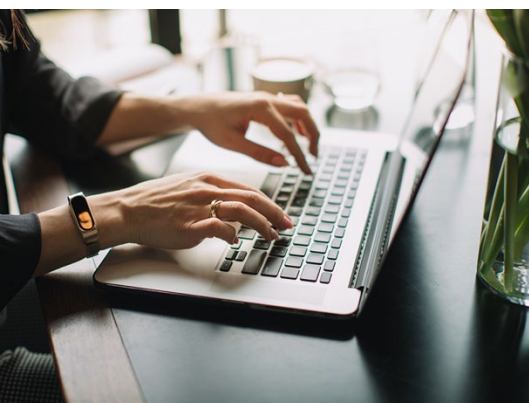
Das Finanzgericht hat zwar zu Recht entschieden, dass die inländischen Einkünfte der S für das Streitjahr unter Anwendung des § 1 Abs. 3 EStG ermittelt werden. Jedoch ist bei der Bemessung des besonderen Steuersatzes im Rahmen des Progressionsvorbehalts nach § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EStG das in den Niederlanden bezogene Krankengeld zu berücksichtigen.

In Abgrenzung zum Urteil vom 01. Oktober 2014, I R 18/13 hat der BFH entschieden, dass für die Berechnung der sog. Wesentlichkeitsgrenzen gem. § 1 Abs. 3 Satz 2 EStG als Voraussetzung für die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht auf der ersten Stufe (Ermittlung der Welteinkünfte) Einnahmen, die nach Maßgabe des deutschen Einkommensteuerrechts steuerbar, aber z.B. nach § 3 EStG steuerfrei sind (hier: Krankengeldzahlungen aus den Niederlanden), nicht einzubeziehen sind. Einen sachlichen Grund dafür, steuerfreie Einnahmen i.R.d. Ermittlung der Wesentlichkeitsgrenzen des § 1 Abs. 3 EStG anders zu behandeln als von vornherein nicht steuerbare Einkünfte (vgl. hierzu BFH I R 18/13, Rn. 19 f.), sieht der BFH nicht. Die Krankengeldzahlungen sind allerdings gem. § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EStG i.R.d. Progressionsvorbehalts zu berücksichtigen.

In Abgrenzung zum Urteil vom 12. August 2015, I R 18/14 hat der BFH entschieden, dass ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen, die bei einem inländischen Sachverhalt der Abgeltungsteuer nach § 32d Abs. 1 Satz 1 oder § 43 Abs. 5 EStG unterliegen würden, bei der Bemessung des Progressionsvorbehalts nicht zu berücksichtigen seien (dies hatte der BFH im Urteil I R 18/14, Rn. 25, ausdrücklich offengelassen, weil die Tatbestandsvoraussetzungen des Progressionsvorbehalts nach § 32b Abs. 1 Satz 1 EStG i.d.F. des JStG 2009 vom 19. Dezember 2008 nicht vorlagen). Folglich sind die niederländischen Zinseinkünfte (im Gegensatz zu den Krankengeldzahlungen) nicht einzubeziehen.

Fundstelle

BFH, Urteil vom 01. Juni 2022 ([I R 3/18](#)), veröffentlicht am 13. Oktober 2022.



Weitere interessante News und Entscheidungen finden Sie in unserem Blog Steuern & Recht

HIER

Business Meldungen

PwC Newsletter Kartell-, Vergabe- und Aussenwirtschaftsrecht

Mit dem Newsletter Kartell-, Vergabe- und Aussenwirtschaftsrecht informieren wir Sie über die wesentlichen Entwicklungen in diesen Rechtsbereichen.

In unserem Newsletter informieren wir Sie darüber hinaus über interessante Legal Tech Tools von PwC, Webinare, Veranstaltungen und News von unseren Kollegen. Darüber hinaus informieren wir unsere Subscriber auch ad hoc über interessante Veranstaltungen und Events.

Wenn Sie im Kartell-, Vergabe- und Aussenwirtschaftsrecht auf dem Laufenden bleiben wollen, dann melden Sie sich hier

an: <https://www.pwclegal.de/newsletter/kartellrecht-vergaberecht-und-aussenwirtschaftskontrolle/>.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören!

Terminplaner

End-to-End Transfer Pricing Conference
2022

Webveranstaltung, 27.10.

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden
Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2022 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.